

Innenministerium | Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Landrätin / Landräte der Kreise und
Oberbürgermeisterin/Oberbürgermeister
(Bürgermeister)
der kreisfreien Städte
Ausländerbehörden

Landesamt für
Ausländerangelegenheiten
Hart 148
24539 Neumünster

Außenstelle Lübeck

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen: IV 606 - 212-29.234.0-104 a, b
Meine Nachricht vom:

Stephanie Hinrichsen
stephanie.hinrichsen@im.landsh.de
Telefon: 0431 988-3261
Telefax: 0431 988-3290

3. April 2009

**Ausländerrecht;
Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen nach der Altfallregelung in § 104a
Aufenthaltsgesetz (AufenthG) zum 31.12.2009**

Im Rahmen der Diskussion des Entwurfs der Verwaltungsvorschriften auf Bund-/Länderebene sowie der Besprechung der Ausländerreferenten in der vergangenen Woche in Berlin sind u.a. die Voraussetzungen für die Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen nach §104a AufenthG thematisiert worden. Einen aktuellen Stand des Entwurfs der Verwaltungsvorschriften wird Ihnen bald möglich übersandt.

Aus dem öffentlichen Raum wird derzeit die Forderung erhoben, die Verlängerungskriterien der Altfallregelung müssten angesichts der Wirtschaftskrise angepasst werden.

Zum 31.12.2009 ist in jedem Fall des § 104a AufenthG zu entscheiden, ob die Verlängerungskriterien des § 104a Abs. 5 ggf. in Verbindung mit Abs. 6 AufenthG erfüllt sind.

Nach dem Gesetzeswortlaut müssen die von der Altfallregelung Begünstigten zum 31.12.2009 nachweisen, dass

- der Lebensunterhalt bis zum 31. Dezember 2009 überwiegend eigenständig durch Erwerbstätigkeit gesichert war oder
- seit dem 1. April 2009 der Lebensunterhalt nicht nur vorübergehend eigenständig gesichert ist.

Für die Zukunft müssen in beiden Fällen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Lebensunterhalt überwiegend gesichert sein wird.

Von diesen Kriterien kann zur Vermeidung von Härtefällen in bestimmten Konstellationen

(Auszubildende, Familien mit Kindern, Alkleinerziehende, erwerbsunfähige und lebensältere Personen) abgewichen werden.

Bei der Anwendung der Verlängerungskriterien sollte der Wille des Gesetzgebers, der in den umfangreichen Diskussionen im Vorfeld der Norm intensiv verdeutlicht wurde, in die Entscheidungen einfließen:

Die Altfallregelung sollte eine einmalige Gelegenheit sein, den langjährig aufhältigen, integrierten Geduldeten die Chance zu eröffnen, mit einem Aufenthaltstitel und den damit verbesserten Chancen auf dem Arbeitsmarkt auch die wirtschaftliche Integration – sprich Unabhängigkeit von öffentlichen Leistungen - in dem gesetzlich vorgegebenen Zeitfenster von August 2007 bis Ende 2009 nachzuweisen. Das Bundesarbeitsministerium hat die Förderinstrumente, die den in Frage stehenden Personen den Arbeitsmarktzugang erleichtern sollten unter dem Aspekt des „Förderns und Forderns“ angepasst.

Um sicherzustellen, dass möglichst viele Personen von der Verlängerung der Altfallregelung zum 31.12.2009 profitieren können, bitte ich im Hinblick auf die verbleibende Zeit bis zum Jahresende folgende Handlungsleitlinien in der Bearbeitung dieser Fälle – sofern noch nicht geschehen – zu berücksichtigen:

1. Bei der rückwärtsgerichteten Beurteilung, ob die Lebensunterhaltsicherung überwiegend eigenständig durch Erwerbstätigkeit in dem zu betrachtenden Zeitraum erfolgt, wird im Einzelfall neben der mathematischen Berechnung einer temporären oder materiellen Lebensunterhaltssicherung von mehr als 50 % in Grenzfällen auch die Frage relevant sein, ob die oder der Einzelne die zur Verfügung stehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente in Anspruch genommen hat und trotz nachweislicher Bemühungen – wie entsprechender Eingliederungsvereinbarungen – eine ausreichende Vermittlung nicht erfolgen konnte. Insofern sollten alle Personen, die aktuell über eine Probe-Aufenthaltserlaubnis verfügen und die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen könnten, von den Ausländerbehörden angeschrieben und auf die Kontaktaufnahme mit den Arbeitsagenturen vor Ort dringlichst hingewiesen werden.

Ferner ist – ggf. erneut – auf die nach § 104a Abs. 5 Satz 5 AufenthG nicht vorhandene Fiktionswirkung hinzuweisen. Die Begünstigten sollten aus eigenem Interesse rechtzeitig einen Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis stellen, damit es der Ausländerbehörde möglich ist, über alle Fälle bis zum 31.12.2009 zu entscheiden. Entsprechende Beratungen sind – sofern noch nicht geschehen – aktenkundig zu machen.

2. Personen, die zunächst eine Probe-AE nach § 104a Abs. 1 Satz 1 AufenthG erhalten haben, in der Zwischenzeit jedoch den Nachweis erbringen konnten, dass die Voraussetzungen des § 104a Abs. 1 Satz 2 AufenthG vorliegen, sollte eine entsprechende AE nach § 23 Abs. 1 Satz 1 AufenthG erteilt werden. Für den Zeitpunkt der Verlängerung gelten dann die allgemeinen Verlängerungsvoraussetzungen für Titel nach dem 5. Abschnitt.
3. Darüber hinaus bitte ich bis Ende April mitzuteilen, ob aus Ihrer Sicht Bedarf an einem Erfahrungsaustausch über die Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen nach der Altfallregelung besteht und welche Fragestellungen Sie ggf. erörtern möchten.

Dirk Gärtner